

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN S

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Oberbürgermeister Ernst BACH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHAUPT, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

4. Jahrgang, Nummer 11/12

Postversandort Bonn

Bonn, im Nov./Dez. 1956

INHALT

DIE HERAUSFORDERUNGEN GOTTES von Gerhard Jacobi	S. 1
HOFFNUNG IN DER WIRRNIS von Gerhard Schröder	S. 4
AUFGABE UND BEDEUTUNG DER EVANGELISCHEN AKADEMIE N von Walter Strauss	S. 4
DIE BERUFUNG DER PROTESTANTEN von Reinold v. Thadden-Trieglaff	S. 5
DAS VERSÄUMNIS DER CHRISTEN	S. 8
EIN WORT ZUR KONFESSIONSHETZE von Konrad Kraske	S. 8
„MUT ZUM VERTRAUEN“ Grüber, Karl Barth und die Frage des Antikommunismus	S. 9
HERRN PROPST D. GRÜBER, BERLIN von Henning v. Koss	S. 10
AUS DEN ARBEITSKREISEN	S. 11

DIE HERAUSFORDERUNGEN GOTTES

von Landesbischof D. Gerhard Jacobi, D. D.

Einer Morgenandacht am 12. Oktober 1956 in der Jesus Christus-Kirche zu Berlin-Dahlem anläßlich der 5. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU legte Landesbischof D. Gerhard Jacobi, D. D., Oldenburg, den Text des Ersten Gebotes zu Grunde. Es entspricht einem vielfach an uns herangetragenen Wunsch, wenn wir seine Ausführungen an den Anfang dieser Ausgabe — der letzten unseres 4. Jahrgangs — stellen. Die Red.

„Herausforderungen unserer Zeit“ — Was fordert uns in unserer Zeit heraus? Und wozu werden wir als Christen — diesen Herausforderungen gegenüber — dann von Gott herausgefordert? In dieser doppelten Sicht sehe ich das Thema dieser Tage, also: mensch-

liche, irdische Herausforderung und göttliche Herausforderung. Beiden wollen wir uns stellen.

In dem Ersten Gebot tritt der Gott unvorstellbarer Größe, der Gott aller Macht und aller Liebe vor uns hin. Brüder und Schwestern, auch Seine Gebote sind

Ausfluß Seiner überströmenden Liebe; helfen will Er uns ja mit ihnen. Mit Seinem Ersten Gebot schon ruft Er uns aus der Einsamkeit heraus, fordert Er uns auf, aus der Isolierung hervorzutreten, Verbindung aufzunehmen mit Ihm und mit anderen Menschen.

Mit der Isolierung verbindet sich heute eine gefährliche Herausforderung unserer Zeit: die Resignation. Sie ist weit verbreitet in unserem Volk, sonderlich bei den sogenannten Gebildeten und bei der Jugend. Resignation ist eine elende, unmännliche Sache. Hat die Kirche, haben wir Christen die Möglichkeit, der Resignation entgegenzutreten? Auf diese Herausforderung unserer Zeit hin wollen wir aus dem Ersten Gebot die göttliche Herausforderung ablesen. Aus dem Ersten, dem Grund-Gebot folgen ja alle anderen Gebote, und diese beziehen sich sämtlich auf das Gemeinschaftsleben der Menschen, also auch auf das öffentliche, das politische Leben. Im Bundeshaus müßte jeder Abgeordnete die Zehn Gebote über seinem Schreibtisch hängen haben (mit den Erklärungen Luthers). Denn es ist für unser Volk, auch für seinen ungläubigen Teil, entscheidend, ob der Sonntag geheiligt, ob Gut und Ehre geschützt, ob Ehe und Familie als Ordnung Gottes angesehen werden, ob wir unserem Nächsten helfen und ihn fördern in allen Leibesnöten. Der lebendige Gott hat sich nicht von der Welt zurückgezogen (obwohl er allen Grund dazu gehabt hätte), Er hat nicht über Welt und Menschen resigniert. Er tat genau das Gegenteil. Er hat Seinen Sohn in die Welt hineingesandt. Und Christus hat sich den Aufgaben, den Problemen, den Kämpfen der damaligen Zeit gestellt. Ihm haben wir tapfer nachzufolgen. Nicht Resignation ist Christensache, sondern Tapferkeit! In Tapferkeit müssen auch die Probleme unserer Zeit angepackt werden. Die Welt soll es sehen, daß der christliche Glaube die modernsten Fragen bewältigt, zumindest aber die Richtung weist, in der zu gehen ist.

Ein Sonderfall der Resignation: Man will die christliche Glaubenshaltung abschirmen vom irdischen Beruf, auch und gerade von dem des Politikers. Der christliche Glaube wird als Privatangelegenheit betrachtet, die sich ausschließlich zwischen Gott und der Seele im Kämmerlein vollziehen dürfe. Eine alte Platte wird da gespielt, die uns theologiegeschichtlich schon als zerbrochen galt. Faktisch denkt man dabei nur an sich selbst, nicht an die anderen und nicht an die Welt. Man propagiert einen egozentrischen Glauben, also keinen Glauben, der die Welt überwindet. Während es in Wirklichkeit so liegt: Alle Bereiche des Lebens haben mit Gott zu tun. Das sehen wir schon daraus, daß der Herr Christus die Herrschaft Gottes, das Reich Gottes ausgerufen und gebracht hat. Über alle Berufe und ihre Bereiche ist Gott der Herr: über Universitäten und Fabriken, über Abgeordneten Häuser und Banken, über Partei- und Rathäuser, über Gewerkschaftshäuser und Schulen, über die Häuser der Arbeitgeber und der Minister. „Ich bin der Herr — auch über deinen Beruf.“

Eine weitere, ernste Herausforderung ist die, daß man unsere Zeit als Atomzeitalter bezeichnet. Früher wurden die geistesgeschichtlichen Vorgänge einer Periode ins Auge gefaßt, man sprach von Humanismus, Aufklärung, Idealismus, Romantik. Unsere Zeit fragt offenbar nicht mehr nach den geistigen Kräften, die sie bewegen, sondern nach einem Teil der Materie. Unwillkürlich geraten wir mit der Bezeichnung „Atomzeitalter“ in eine materialistische Anschauung der Welt. Diesem und allem Materialismus gegenüber wollen wir

doch ja hören, daß uns hier gesagt wird: „Ich bin!“ Eine Person tritt uns also entgegen, ein übermächtiges Ich. Dieser Eine spricht: „Ich bin der Herr von allem, auch von euren geschichtlichen Zeiträumen. Ich bin der Herr eurer Zeit, in der ihr lebt. Ich regiere über die Zeit, nicht der Atomkern.“ Diese Besinnung auf den Herrn unseres Zeitalters läßt uns erst unsere Zeit recht erkennen. Wer die heutige Zeit nur im Zusammenhang mit einem Stück Materie betrachtet, sieht sie grundfalsch. Bestimmt werden wir auch falsche politische Entscheidungen treffen, wenn wir nicht mit diesem Herrn unserer Zeit rechnen, nicht rechnen mit Seinem Griff aus der Ewigkeit in die Zeit. Brüder und Schwestern, laßt uns hören: „Ich bin! Ich bin der Herr eurer Zeit.“

Eine zu jeder Zeit versucherische Herausforderung ist die Macht. Uns geht hier an: Der eigentliche Inhaber aller Macht ist Gott selbst. Uns Menschen verleiht Er nur Macht, wie auf dem ersten Blatt der Bibel zu lesen: „Machet euch die Erde untertan und herrscht über sie.“ Nur solange es euch ganz gegenwärtig ist, daß alle Macht verliehene Macht ist, bleibt eure Macht menschlich. Sonst wird sie unmenschlich, bis hin zur Grausamkeit, wie wir es erlebt haben. Macht ist immer eine Versuchung. Dann freilich ist ein Staat dieser Versuchung schon erlegen, wenn er — rechtspositivistisch — das Postulat erhebt, er dürfe selbst und allein seine Zuständigkeiten bestimmen. In diesem Fall erkennt der Staat kein ewig gültiges Recht über sich an. Und die praktische Folge wäre eine Legion von Gesetzen. Frage: Ist diese versucherische Macht zu bändigen?

Das Besondere unserer Zeit dürfte die seltsam verschlungene Verbindung von Macht und Technik sein. Hier liegt wahrscheinlich die stärkste Herausforderung unserer Zeit. An sich gehört die Technik auch zur Naturbeherrschung, die uns aufgetragen ist, aber heute zwingt sie das Ganze des Lebens in ihren Dienst — die Wissenschaft, die Wirtschaft, das soziale Leben. Nicht auch die Politik? Die Technik geht ihren Weg, ob wir bremsen oder nicht. Es ist ihre Art, sich immer weiter und weiter auszudehnen und den Menschen in ihren Bann zu ziehen und zu unterjochen. Am stärksten tritt diese Herausforderung unserer Zeit, diese unheimliche Verbindung von Macht und Technik (ich könnte auch sagen: die Technokratie) im totalen Staat auf. Früher bauten Diktatoren Triumphbögen, heute dokumentarische, riesenhafte Industriebauten, die nachfolgenden Generationen ihre Macht bekunden sollen. Noch einmal die Frage: Ist hier Bändigung möglich?

Sie ist dort möglich, wo das Gebot: „Du sollst nicht andere Götter haben neben mir“ in seinem vollen Gewicht ernst genommen wird. Im totalen Staat macht man aus dem technisierten Machtstaat einen Götzen. Der arme Untertan soll ihm nicht etwa nur gehorchen, nein, er muß sich ihm hingeben, mit allen seinen Kräften, mit seiner Seele und seinem Gemüt. Über diesem herausfordernden Götzendienst erhebt sich die Stimme des Herrn des Himmels und der Erden: „Du sollst nicht andere Götter haben neben mir.“

Um der Technokratie Grenzen zu setzen, ist noch eine andere Erkenntnis von entscheidender Bedeutung: Gott nimmt den Menschen ernst. Jeden einzelnen ruft Er ja an: „Ich bin dein Gott“ und gibt ihm damit seine Ehre und Würde. Brüder und Schwestern, es ist Geschenk, Gnade, Evangelium, daß Gott uns anredet: „Ich bin dein Gott.“ Denn nun können und dürfen wir antworten: „mein Gott“. Wie sehr der

Gott aller Liebe den Menschen ernst nimmt, sehen wir daran, daß Er seinen eingeborenen Sohn für eben diesen Menschen hat leiden und sterben lassen. So ernst nimmt Gott sogar den Menschen, daß Er ihm Auferstehung von den Toten und ewiges Leben verheißt, Leben in göttlicher Herrlichkeit. Aus alledem folgt unweigerlich: Auch wir Christen haben den Menschen ernst zu nehmen. Und tun wir es, dann ist uns haarscharf deutlich: Macht und Technik sollen dem Menschen dienen, sollen für ihn da sein. So allein werden beide gebändigt und begrenzt. Dies hat der Christ zu bekunden.

Den Menschen ernst nehmen — daraus ergibt sich auch, daß Christen für ein rechtes Gemeinschaftsleben Sorge tragen müssen. Gott liegt an der Gemeinschaft der Menschen! Darum hat Er uns ja die Kirche, die Gemeinschaft der Glaubenden, geschenkt; sie ist sein Werk. Allerdings: Politik verführt leicht dazu, daß man in dem Vertreter einer anderen politischen Richtung immer nur den Gegner sieht und ihm Mißtrauen entgegenbringt. Eure, der christlichen Politiker, Sache ist es, eine Atmosphäre von Vertrauen zu schaffen. Das heißt, praktisch: Mit politisch Andersdenkenden nicht nur politisch reden, sondern auch ganz menschlich, nicht nur spritzig, sondern auch ernst — so wie Hermann Ehlers es mit Carlo Schmid getan hat. Bis die nichtchristlichen Politiker sich sagen: Diese komischen Christen kommen uns mit einem Vertrauen entgegen, wie wir es in den eigenen Reihen nicht erleben. Über die Parteien hinweg den anderen, den Gott ernst nimmt, auch ernst nehmen, ihm Vertrauen schenken und also Gemeinschaft bilden — das ist der göttliche Auftrag an den Christen in der Politik.

Eine ganz besondere Herausforderung unserer Zeit ist schließlich noch die Angst des heutigen Menschen. Sie fordert uns Christen wahrhaftig zu einem Tun heraus, das Gott gebietet. Das bloße Reden von Angst ist mir schon längst über geworden; es verstärkt außerdem nur die Angst. Mir fällt immer auf, daß selten gesagt wird, wovor der Mensch eigentlich Angst hat. Sicherlich fürchtet sich der moderne Mensch vor der dargestellten Verbindung von Macht und Technik; er hat Angst vor dem Kollektiv, das ihn als freie Persönlichkeit auslöscht; er hat ferner — wenn m. A. n. auch unberechtigt — Angst davor, daß die Maschine ihn von seinem Arbeitsplatz verdrängt. Am meisten hat er jedoch zweifellos Angst vor der globalen Selbstvernichtung der Menschheit durch Wasserstoffbomben und durch Atomstaub. Er sieht einfach: Die Naturbeherrschung ist ihm entglitten und zur Naturzerstörung geworden, und

die Naturvernichtung steht als klare Möglichkeit am Horizont.

Im Grunde also fürchtet sich der Mensch vor seiner eigenen Freiheit, vor der Freiheit, daß ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen die Menschheit vernichten könnte — aus bloßer Zerstörungslust, aus Dokumentation der Macht, aus Leidenschaft für das Chaos, aus Haß gegen die Ordnung, letztlich aus Haß gegen den Schöpfergott. Der Mensch fürchtet sich vor sich selbst. Das ist es.

Dieser Herausforderung unserer Zeit gegenüber fordert Gott uns heraus, in letztem Ernst zu hören: „Ich bin der Herr, dein Gott.“ Das heißt doch: Dieser Herr verlangt unbedingte Bindung an ihn. Was aus unserer Welt stammt (etwa der Pflichtbegriff Kants), kann uns nicht im Letzten binden und verpflichten. Heute aber tut letzte Bindung not. Nur dann sind wir unbedingt gebunden, wenn wir an den Herrn gebunden sind, der nicht von dieser Welt stammt, — an Ihn, der allein imstande ist, den Menschen zu bändigen und in Dienst zu nehmen. Und dieser Herr spricht: „Ich bin dein Gott.“ In Liebe hat Er sich der Welt angenommen. Er liebt die Welt, liebt jedes Geschöpf, Er liebt dich als dein Gott und Vater. Wer das gehört hat — im Herzen gehört hat —, der ist in der Angst nicht mehr allein. „Ich bin dein Gott“ — dies Wort schließt ein: „Du bist nicht allein.“

Sicherlich wollen wir hierin sorgsam sein; Christus nimmt uns nicht einfach alle Angst ab — sagt Er doch selber: „In der Welt habt ihr Angst; aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden.“ Doch eben das Entscheidende, das stets für die Angst symptomatisch ist, nämlich das Alleinsein, hebt er auf. Als Glaubende sind wir in der Angst nicht allein. Er ist bei uns — alle Tage, bis an der Welt Ende. Seht, darum ist dem Glaubenden Geborgenheit geschenkt. Er vertraut Gott über alle Dinge. Brüder und Schwestern, dazu sind wir von Gott herausgefordert: den geängsteten Menschen unserer Tage von dieser Geborgenheit zu sagen. Sagen wir es laut in die Welt hinein: „Glaubende sind geborgen. Gegen eure Angst gibt es nur ein Heilmittel: die Geborgenheit bei dem himmlischen Vater.“

Ist das Erste Gebot uns ein lebendiger Anruf, der uns Großes gibt und uns auf jeder Lebensstrecke hilft, dann lassen wir uns gar nicht mehr so strapaziös durch unsere Zeit herausfordern. Dann ist uns ungleich wichtiger: Der Vater Jesu Christi fordert uns heraus — zum Glauben, zur Tapferkeit, zur Gemeinschaft, zum Zeugnis von seinem Herrsein und seiner Liebe, zur Fürbitte für die armen Menschen um uns her. Mögt ihr also in die Beratungen dieser Tage mit hineinnehmen: „Ich bin der Herr, dein Gott.“

Zum Weihnachtsfest und zur Jahreswende entbieten wir allen Lesern, Freunden und Mitarbeitern herzliche Grüße und Segenswünsche.

HERAUSGEBER UND REDAKTION

HOFFNUNG IN DER WIRRNIS

von Dr. Gerhard Schröder, Bundesminister des Innern

Krisen, Revolutionen, Kämpfe — Wirrnis und Unrast, das scheint das Schicksal unserer Welt zu sein. Nimmt man eine Weltkarte und zeichnet die Gebiete innerer und äußerer Konflikte ein, dann zieht sich rings um die Sowjetunion, in ihrem näheren oder weiteren Einwirkungsbereich, ein breiter Gürtel der Unruhe und der Unterdrückung über Osteuropa und die sowjetische Zone, über den Vorderen Orient, über Hinterindien bis nach Korea. Die Gebiete friedlicher Entwicklung, die Felder unblutiger Politik sind kleiner und kleiner geworden, und die Zone des Friedens umfaßt fast nur noch die Länder der NATO und des Südostasienpaktes.

Auch außerhalb des kommunistischen Einwirkungsbereiches wird um gerechte Löhne und bessere Lebensbedingungen, um Einfluß, um die Macht im Staat und in der Gesellschaft gerungen. Gewiß ist auch hier die Erde kein Paradies, gibt es rivalisierende Interessen, Neid, Mißgunst, Haß und Wirren. Aber in der Politik herrscht hier nicht der Henker oder das Schwert, sondern das Recht. Nicht der Terror, sondern der Wahlzettel entscheidet über die inneren Angelegenheiten der Völker.

Man spricht oft leichthin von Ost und West — und vergißt schnell, daß der Gegensatz zwischen Ost und West vor allem der Gegensatz zwischen Barbarei und politischer Kultur ist. Und dies beweist selbst noch die britisch-französische Aktion in Ägypten! Sie ist nirgendwo schärfer kritisiert und leidenschaftlicher abgelehnt worden als in England selbst. Wo aber hätte man davon gehört, daß im Osten gegen die brutale Gewaltaktion in Ungarn eine ähnliche Opposition möglich gewesen wäre?

Ist es unnötig, auf diesen fundamentalen Wesensunterschied zwischen Ost und West hinzuweisen? In den vergangenen Monaten schien es manchmal, als ob in unserer Öffentlichkeit der Wirklichkeitssinn verloren gehen und gefährliche Illusionen um sich greifen könnten. Eine taktische Wendung des Kremls — und schon

meinten viele, die Stunde sei da für ein erfolgversprechendes Gespräch, in dem die politischen Streitfragen entschärft und die Gegensätze beseitigt werden könnten. Seit Jahrzehnten haben wir das nur schwer erklärbare internationale Phänomen, daß das Moskauer Regime — im Gegensatz zu anderen totalitären Staatsformen — auf gewisse geistige Kreise im Westen einen verfänglichen Reiz auszuüben vermochte. „Opium für Intellektuelle“ nennt ein französischer Schriftsteller, Raymond Aron, die kommunistische Ideologie. Redlich und wachen Sinnes hat er die erschreckenden Wirkungen dieser Ideologie im eigenen Lande ablesen können. Er sah, wie die Unrast mancher Wirrköpfe die Tür öffnete für die revolutionäre Unrast kommunistischer Parteien. Das Genfer Lächeln Chruschtschows half ihnen dabei. Es entsprach ja dem Wunsche nach Entspannung. Es steckte an und verführte. Inzwischen ist den meisten klar geworden, daß der Wunsch nach Entspannung gepaart sein muß mit dem richtigen Augenmaß für die harten Tatsachen in unserer Welt. Und so ist es sicher ein hoffnungsvolles Zeichen für die künftige Entwicklung, daß viele „Intellektuelle“ in aller Welt, die bislang der Faszination der kommunistischen Ideologie erlegen waren, angesichts der ungarischen Tragödie erkannt haben, daß auch hinter der lächelnden Maske des Kremls immer der Terror stand, die nackte Barbarei.

Politische Entscheidungen, die heute von uns getroffen werden müssen, sind gewiß nicht leicht und oft nicht populär. Wer aber nicht die Stärke zu einer unpopulären Politik aufbringt, wird von den Ereignissen überwältigt. Noch ist es das Schicksal unseres Vaterlandes, gespalten die Konflikte in der Welt bestehen zu müssen. Ungeduld und Illusionen drängen sich auf. So sind vor allem die Christen aufgerufen, an ihrem Platz mit Vernunft und Maß zu handeln. Denn nur eine stetige Politik wird Leben und Entwicklung unseres Volkes sichern und uns vor allem das bewahren, worum in den letzten Wochen viele bangten: den Frieden.

AUFGABE UND BEDEUTUNG DER EVANGELISCHEN AKADEMIEEN

Ein Grußwort der CDU zum zehnjährigen Bestehen der Evangelischen Akademien Loccum
am 31. Oktober 1956

von Staatssekretär Dr. Walter Strauss

Wenn ich heute zu Ihnen einige Worte des Dankes und der guten Wünsche sagen darf, so tue ich das mit Schmerz und mit Freude zugleich. Mit Schmerz, weil an meiner Stelle zwei berufenere Männer hätten stehen sollen, die nicht mehr unter uns weilen — meine und Ihre Freunde, Hermann Ehlers und Robert Tillmanns. Ich glaube, sie hätten beide nebeneinander heute zu Ihnen sprechen müssen, denn sie waren beide persönlich gerade mit der Arbeit in Loccum auf das engste verbunden.

Und wenn ich sage, ich spreche mit Freude, so tue ich das um meiner eigenen persönlichen Verbundenheit mit Loccum willen, weil ich diese Akademie immer wieder als eine recreatio im wörtlichen Sinne verstanden habe; recreatio in dem Sinne, wie es, so glaube ich, Albrecht Dürer übersetzt hat als „Wiedererwachsung“. Wenn ich von Loccum komme — und

so geht es wohl uns allen — habe ich immer das Empfinden, als ob mir aus diesem Wurzelboden Kräfte wiedererwachsen oder neue Kräfte gewachsen sind.

Es ist mir ein bißchen unbehaglich — und ich meine, gerade Ehlers und Tillmanns hätten dasselbe Gefühl gehabt —, daß ich nach dem Programm für die CDU zu sprechen habe. Wie die beiden Genannten spreche auch ich selbst nur ungern für ein Kollektiv. Auch politische Parteien sind Kollektive. Aber ich darf es vielleicht so auffassen, daß ich stellvertretend für meine politischen Freunde etwas sage. Ich möchte, um den Anschluß hieran zu finden, lieber fragen: Was bedeuten die Evangelischen Akademien und was bedeutet insbesondere Loccum und seine Arbeit für solche evangelischen Christen, die aktiv im politischen Leben und namentlich in der CDU stehen? Um die Antwort vorwegzunehmen, möchte ich sagen: Loccum bedeu-

tet eine geistige Heimat jenseits der einzelnen Gemeinden und jenseits auch der rechtlich verfaßten Landeskirchen. Eine geistige Heimat, wie sie uns anderswo in der Gegenwart nicht gegeben ist.

Ich bitte das nicht zu verstehen in dem angeblich modernen Sinn einer Flucht vor dem Alleinsein, sondern im Hinblick auf die Auseinandersetzung über die zahllosen ungelösten Fragen, die uns nicht nur seit 1945, sondern seit nahezu vier Jahrzehnten aufgegeben sind. Wir sehen in den Evangelischen Akademien und hier besonders in Loccum eine Stätte der Klärung dieser Fragen, die sich in gegenseitigem Kontakt, im Gespräch und in der Belehrung durch die hier gehaltenen Referate vollzieht.

Und warum ist das für das politische Denken und das politische Handeln von evangelischen Christen so bedeutungsvoll, die, wie meine Freunde und ich, in der Parteiarbeit der CDU/CSU stehen? Es hängt damit zusammen, daß diese Partei 1945 mit dem Willen angetreten ist, die konfessionelle Doppelung im politischen und Parteileben zu überwinden. Ich benutze bewußt das Wort Doppelung. Was heute vor 439 Jahren in Wittenberg begonnen hat, führte zunächst zu einer Spaltung, die auf das Politische übergriff und im grauenhaften Dreißigjährigen Kriege gipfelte. Was das Ergebnis war und was vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis in die heutige Zeit fortbesteht, sollte man aber lieber und besser als eine Doppelung der großen christlichen Konfession betrachten. Und eben das haben wir auch bei der Gründung der CDU getan, als wir als eine Partei ohne Ideologie und ohne eine Tradition des 19. Jahrhunderts antraten.

Ich glaube, wir haben es auch durchgeführt. Dabei sind für uns Evangelische doch sehr viele Fragen aufgebrochen, auch Fragen, die wir früher nicht gestellt haben, und zwar gerade in dieser Begegnung mit Freunden der anderen großen Konfession. Hermann Ehlers hat einmal gesagt, daß unsere Partei eine politische Föderation, aber keine geistig-geistliche Integration sei. Gerade im Politischen haben wir Evangelischen Fragen zu stellen, vor die wir als Einzelne gestellt sind und deren Antwort wir nicht aus einem ähnlichen Geborgensein herausuchen können, wie es der politische Katholizismus kann. Die Orientierung im geschichtlichen, im politischen, im sozialen, schlechthin im geistigen Raum ist für uns erheblich schwieriger, weil wir als Einzelne vor die Verantwortung gestellt werden und die Antworten nicht aus einer jahrhundertlang überlieferten geschlossenen Lehre erwarten können, sondern uns selbst um die Antworten zu bemühen haben.

Mir scheint seit jeher, daß das historische Einschnittsjahr auf der evangelischen Seite nicht 1945, nicht 1934, nicht einmal Barmen, sondern daß die historische Zäsur, die für uns so vieles bis heute fragwürdig gestaltet hat, das Jahr 1918 gewesen ist. Es ist noch nicht gelungen — bis heute nicht —, alle die Fragen zu beantworten oder auch nur zu klären, die durch das Jahr 1918 für das Verhältnis der Evangelischen zum Staat, für ihr Verhältnis zur deutschen Geschichte, für eine evangelische Sozialethik entstanden sind. Gerade diese Fragen bilden einen Hauptinhalt dessen, was Loccum in den vergangenen zehn Jahren zu klären versucht hat. Ich möchte ganz besonders in den Vordergrund, auch für die Zukunft der Arbeit, die Fragen der Sozialordnung und der Gesellschaftsordnung stellen. Hier ist uns jenseits aller politischen Parteien als Evangelischen etwas aufgegangen, wo wir noch einen — entschuldigen Sie das banale Wort —

erheblichen Nachholbedarf haben und wo wir uns gemeinsam, unabhängig von allen parteipolitischen Schattierungen, als Evangelische zusammen mit unseren Theologen und mit den Amtsträgern unserer Kirche bemühen sollten, und zwar in dem Bewußtsein, daß wir es — um das Wort des Herrn Generalsuperintendenten Jacob auf dem Frankfurter Kirchentag zu zitieren — „jenseits der Illusionen und der Ohnmacht der Verheißungen der Systeme“ zu tun haben. Hier liegt nun die außerordentliche Aufgabe und Bedeutung der Evangelischen Akademien und insbesondere Loccums für die politischen Überlegungen und das politische Handeln evangelischer Christen in allen Parteien. Hier begegnen sich Angehörige aller Berufe und aller Schichten, Menschen der verschiedensten Herkunft, die sich im Gespräch und in der Belehrung durch Vorträge und Referate um die Klärung der eigenen Stellungnahme bemühen.

Ich darf noch einige andere Themen berühren, die Sie schon in der Vergangenheit beschäftigt haben, und die, so glaube ich, für die Zukunft immer wesentlicher werden: Da sind die Fragen der Schule und der Bildung. Wir können sie nicht nur der Bürokratie überlassen, uns aber m. E. auch nicht damit begnügen, daß Regierungen und Landtage sich damit beschäftigen. Ich meine, daß hier ein Wort oder viele Worte von evangelischer Seite notwendig sind. In diesen Zusammenhang gehört auch das Thema: „Die Relation des Menschen unserer Zeit zur Technik“. Hier stellen sich sehr viele bisher unbeantwortete Fragen. Vielleicht liegt hier ein Zentralproblem, dem die Arbeit der nächsten Jahre gelten sollte. Ich möchte mich lediglich mit dieser Andeutung begnügen.

Doch ich glaube, es ist uns auch noch ein Weiteres aufgegeben, und ich darf dabei an den Aufsatz des Herrn Präsidenten v. Thadden zum Reformationstag anknüpfen, den ich in der heutigen Ausgabe der „Welt“ gelesen habe. Auch Loccum gehen nicht nur die Fragen des Standorts des einzelnen Christen in seiner Gemeinde und seiner Landeskirche, sondern schlechthin die Fragen an, die die Lage in unseren Landeskirchen und ihr Verhältnis zueinander betreffen, sowie die Fragen, die sich aus den Aufgaben der Kirchen in bezug auf die Öffentlichkeit und namentlich in bezug auf das Staatsleben ergeben. Wir haben in diesem Jahr das Wort von der nachkonstantinischen Periode gehört. Und Herr v. Thadden hat in dem erwähnten Aufsatz das Wort von einem Investiturstreit als Frage hingestellt. Beide Begriffe sind sehr einprägsam. Aber mir scheint, die Verwendung beider Begriffe birgt auch Gefahren, die wir einmal überlegen und untersuchen sollten.

Nach all diesen Einzelheiten, die ich hier nur ganz kurz anrühren durfte, erübrigt sich wohl eine umfassendere Beantwortung der Frage, worin die Bedeutung der Evangelischen Akademien besteht. Man sollte vielmehr umgekehrt fragen: Was wäre, wenn nicht 1945 Evangelische Akademien entstanden wären? Ihr Wirken ist nicht immer so in der Öffentlichkeit sichtbar wie die Tätigkeit anderer Institutionen. Sie appellieren auch nicht immer an die Imagination der Presse, sondern ihr Wirken ist mehr ein stilles und mittelbares über den Einzelnen. Das unterscheidet uns vielleicht auch etwas von der Arbeit vergleichbarer katholischer Körperschaften. Aber darin liegt ja das Wesen unserer Arbeit, daß wir nicht Kollektive umbilden wollen, sondern daß wir durch den Einfluß auf den Einzelnen, durch die Hilfe, die wir seinem Eigendenken verschaffen wollen, in die Praxis und in die

Breite wirken. Die Evangelischen Akademien sind spontan an einem Tiefpunkt der deutschen Lebenslage entstanden. Es wäre völlig verfehlt, hier eine Würdigung anzubringen. Es liegen 10 oder 11 Jahre der Erprobung hinter ihnen. Sie sind auch ein Element der Unruhe und sollen ein solches bleiben, ein Element

des Wachseins und des Weckens. Meine politischen Freunde und ich, die wir Ihnen so außerordentlich viel schulden, können nur mit unseren besten Wünschen für Ihr Wirken dankerfüllt bitten: Setzen Sie dieses hohe Wächteramt wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft fort.

DIE BERUFUNG DER PROTESTANTEN

von D. Dr. Reinold v. Thadden-Trieglaff, D.D., Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages

Während die evangelische Kirche vor fünfzig Jahren noch in weiten Bezirken, zumal auf dem Lande, ihre selbstverständliche Autorität entfalten konnte und ihre Position zu festigen schien, vollzog sich im Hintergrund und doch unaufhaltsam die Verweltlichung des deutschen Geisteslebens. Innerhalb der Arbeiterbewegung nahm damals — nicht ohne Schuld der Kirche — die allgemeine Entchristlichung unseres Volkes mehr und mehr den Charakter offener Kirchenfeindschaft an. Unter den sogenannten Gebildeten aber wuchs die Zahl derer, die jedes Interesse am Leben der Kirche verloren und sich innerlich von der christlichen Gemeinde lösten, um in die weiten Regionen freier Geistigkeit oder religiöser Indifferenz auszubrechen. Schließlich war der Nationalsozialismus neben vielem anderen nur die Summe dieser weithin ins Kraut geschossenen Verweltlichung des Denkens, der allgemeinen sittlichen Verwilderung und der gewaltig um sich greifenden Überzeugung, daß es einen Gott nicht gebe und daß sich die Frage nach Recht und Unrecht lediglich nach den Maßstäben der Zweckmäßigkeit und des Eigennutzes entscheide.

Zur Abwehr solcher zunächst nicht offenbaren geistesgeschichtlichen Situation war die evangelische Kirche in Deutschland wenig gerüstet. Ihre Verkündigung rechnete noch ganz allgemein mit den historischen Tatbeständen festgeordneter Gemeinden, mit treuen Kirchgängern und mit den traditionellen Gegebenheiten ihrer staatskirchlichen, konfessionell bestimmten Struktur. Jahrhundertlang hatte sie unter dem wohlwollenden Regiment evangelischer Landesherren aufbauen und sich im Volksleben verankern können. Der konservative Charakter der monarchischen Staatsform garantierte ihr äußeren Schutz und inneren Einfluß. Daß der Angriff auf ihre Substanz wie auf ihre Gestalt vom Staate herkommen könnte — damit hatte sie ernstlich nie gerechnet und es darum auch versäumt, ihre Sicherheiten in erster Linie in ihrer missionarischen Lebendigkeit und in der Selbständigkeit und Verantwortlichkeit wirklicher christlicher Gemeinden zu suchen.

Dem Angriff des totalitären Regimes leistete die Kirche allerdings aus ihrer eigenen Mitte heraus überraschenden Widerstand. Und es wird immer ein Ruhmestitel der Bekennenden Kirche bleiben, daß sie dazu Pfarrer und Gemeinden aufrief. Aber auf die Länge konnte doch nicht verborgen bleiben, daß nach dem Zusammenbruch von 1945 und nach der beängstigend schnellen Restauration gutbürgerlicher Lebensgewohnheiten in der Bundesrepublik die eigentliche Krankheit im Unterstrom der Dinge bestehen blieb und daß darum heute ein radikaler Neuanfang auf allen Gebieten gewagt werden muß.

Deshalb machen wir uns auf, hier unsere legitime Laienberufung zu entdecken. In diesem Sinne möchten wir ein Stück Verantwortung für die Zukunft Europas, ja der Welt übernehmen. Die Bedeutung des

Deutschen Evangelischen Kirchentages hat bis zur Stunde darin gelegen, daß er den Zusammenhang zwischen Glauben und Leben, zwischen Wahrheit und Gehorsam, zwischen unseren kleinen Entscheidungen und den großen weltgeschichtlichen Entscheidungen unterstrich und daß er dabei zu der Überzeugung kam: Wir sind verloren, als einzelne wie als Völker, wenn wir mit unserer schwachen Glaubenskraft allein bleiben! Darum haben wir Jahr um Jahr die riesengroße „improvisierte“ Gemeinde von Hunderttausenden von Kirchentagsbesuchern zusammengerufen, damit das Wesen der Kirche Christi, die „neue Gestalt der Kirche“ in unserem Jahrhundert, nicht nur eine theologische Vision bleibt, sondern erfahrbare Wirklichkeit wird.

Was bedeutet denn schließlich Europa, wenn man von diesen geistigen Realitäten nichts mehr weiß? Was hat das Reden vom „Christlichen Abendland“ für einen Sinn, wenn man sich darüber völlig im Dunkeln befindet, wo das Christentum, die christliche Kirche, christlicher Glaube und christliche Gesittung zur Debatte gestellt sind? Wie will man den Kampf für Recht und Freiheit und gar gegen das Antichristentum der östlichen Welt auf sich nehmen, wenn man selbst keine Ahnung hat, was das göttliche Recht, die göttliche Ordnung sowie die Freiheit der christlichen Verkündigung inhaltlich bedeuten, für die man doch in die Schranken zu treten sich ansieht? Manchmal möchte man sich wirklich fragen, ob wir nicht im Westen längst dem unmilitanten, aber darum nicht minder wirksamen Materialismus selbstsüchtiger Genußsucht erlegen sind, während wir uns einbilden, wir seien mit Aussicht auf Erfolg im Begriff, dem ideologischen und höchst militanten Materialismus der östlichen Welt zu begegnen.

Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß die Kirche beider Konfessionen in den Nachkriegsjahren eine Bedeutung erlangt hat, die man noch vor kurzem gar nicht für möglich gehalten hätte. Solange sich die Völker wie die Staatsmänner einbilden konnten, daß die nationale Lebensform und die nationalistisch-egozentrische Denkweise völlig ausreichten, um der Schwierigkeiten jeweils Herr zu werden und die Wohlfahrt der Länder zu sichern, hatte die übernationale Wesensart der Kirche nur eine geringe Resonanz im Empfinden unserer Väter und Vorväter. In dem Augenblick aber, wo wir gezwungen sind, uns mit Problemen auseinanderzusetzen, die Weltdimensionen annehmen und zugleich letzte Tiefen der menschlichen Existenz berühren, halten wir Ausschau nach einer Gesinnungsgemeinschaft, die über die Grenzen der Nation und über die Schranken der wirtschaftlichen Interessenverbände hinausweist.

In der katholischen Kirche ist diese Universalität der Kirche von jeher nicht nur eine dogmatische Selbstverständlichkeit, sondern eine oft erprobte Realität, an der man nicht gedankenlos vorübergehen sollte.

Aber auch innerhalb der evangelischen Kirchen ist die Frage nach der Allgemeingültigkeit christlicher Normen im politischen Raum und die Frage nach dem Übergreifen des helfenden Dienstes der Kirche auf die Funktionen der Gesellschaft und auf die Spannungen unter den Völkern von höchster Wichtigkeit geworden. Es ist geradezu wie ein plötzliches Erwachen über die Christen protestantischen Bekenntnisses gekommen, ein Erwachen, das sicherlich auf das engste mit den furchtbaren Erfahrungen politischer Entartung und politischen Verbrechertums im „Dritten Reich“ im Zusammenhang steht, die für viele erst mit dem schaurigen Ende der Nazi-Herrschaft offenbar wurden. Man mag die viel zu späte — und noch immer unzureichende — Erkenntnis der hier obwaltenden ethischen Probleme bedauern. Dennoch ist es von höchster Bedeutsamkeit, daß diese Einsicht anfängt, sich im ursprünglich stark individualistischen Protestantismus auszubreiten, und daß gerade darum eine neue Entwicklung im evangelischen Raum begonnen hat.

Was die protestantische Ausprägung der Christenheit zu geben hatte und heute noch hinzubringt, ist offenkundig: den Geist der Initiative; die dynamische Kraft schöpferischer Ideen; die Fähigkeit zur aktuellen Entscheidung; den Mut der sittlichen Verantwortung, ohne den weder die Probleme der Kirche noch die der Wissenschaft, des Staates und der internationalen Nachbarschaften gemeistert werden könnten.

Alle diese positiven Hilfeleistungen des Protestantismus zur Rekonstruktion Zentraleuropas und zur Rekonstruktion einer zerstörten geistigen Welt beruhen aber zuletzt auf der Entdeckung des Wittenberger Mönches Martin Luther: der Macht eines getrösteten Gewissens. Sie war der Durchbruch durch die Verfestigung einer dekadenten mittelalterlichen Welt, und sie ist noch heute das Geheimnis aller Tatbereitschaft, aller kirchlichen und politischen Erneuerung und die Quelle aller reinigenden Heilung von Sünde und Schuld. Was dies „getröstete Gewissen“, dies Ruhen in Gottes vergebender Gnade, in Zeiten der Not, der Verfolgung und der Gefängnishaft bedeutet, das haben während der vergangenen Jahre unendlich viele Flüchtlinge, Kriegsgefangene und Unterdrückte aller Art in den Zwangsarbeitslagern der totalitären Mächte erfahren. In ihm liegen aber auch die geheimnisvollen Wurzeln für den ureigensten Anteil, den der Protestantismus an den bescheidenen Ansätzen einer Regeneration der westlichen Welt bis zur Stunde gehabt hat.

Was hat nun der Protestantismus zukünftig in bezug auf seine politische Aufgabe zu lernen? In keinem Falle hat er gegenüber der katholischen Christenheit zu resignieren. Der Protestantismus wird aber an der Notwendigkeit nicht vorübergehen können, seine bisherigen Überlieferungen zu revidieren.

Er wird — durch die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre belehrt — von Grund auf lernen müssen, daß es ein privates Christentum nicht gibt und daß eine Kirche, die sich lediglich auf ihre innergeistlichen und

verwaltenden Aufgaben beschränkt, an dem Auftrag Gottes schuldig wird, der die Welt mit ihrer Sünde, ihrer Not und ihrer Hoffnungslosigkeit, wie die Menschen, die davon betroffen sind, für sein unergründliches Erbarmen in Anspruch nimmt.

Auf der anderen Seite wird der Protestantismus aber nicht darum herumkommen, seine in der Hitlerzeit neu entdeckte „Öffentlichkeitsverantwortung“ in mehrfacher Hinsicht einer Revision zu unterziehen. Die Kirche wird ihren wesentlichen Auftrag ganz sicherlich nicht auf den politischen Schlachtfeldern zu suchen haben, so hoch man auch ihr „Wächteramt“ bewerten mag, das sie in Stunden innerer und äußerer Gefahr für das Volk wahrzunehmen berufen ist. Sie hat viel Wichtigeres, viel Entscheidenderes zu tun, worin sie schlechterdings nicht vertreten werden kann. Sie hat Gottes Gebot und Verheißung zu verkündigen. Sie hat den christlichen Glauben verständlich zu machen, der hält und trägt, rettet und tröstet. Sie hat ihre Gemeindeglieder zum Gehorsam und zum Tat-Zeugnis zu ermutigen. Sie hat in ihrer Mitte diejenige biblische tapfere Haltung zu ermöglichen, die aus der neuteamentlichen Auferstehungshoffnung ihre Nahrung zieht. Sie hat die geistigen Kräfte zur echten Kooperation zu entwickeln und den Sinn für die Voraussetzungen eines wirklichen gemeinschaftlichen Lebens nach Kräften zu wecken. Sie hat nicht nur Kontakte zur modernen Welt zu schaffen — denn daran fehlt es heute nicht —, sondern sie hat darauf zu achten, daß (mit den Worten des schwedischen Professors Wingren) „an den Kontaktpunkten auch etwas geschieht“.

Wenn das aber richtig ist, dann muß der Protestantismus der Gegenwart in seiner Mitte ein neues Amt lebendiger Laienwirksamkeit entwickeln, das im großen Stil die Gestaltung des Lebens in allen seinen Formen, also auch die des Lebens im Beruf, in der Arbeitsgemeinschaft, in der volklichen Gemeinschaft und in der Staatengemeinschaft, übernimmt. Weil die Menschheit in unserer Zeit das Dasein nicht mehr bewältigt — weder die Einzelnen noch die Völker —, wird sich eine Christenheit finden müssen, die die ungelösten Probleme unseres Jahrhunderts im Verhältnis der Generationen zueinander, im Verhältnis der Geschlechter zueinander, im Verhältnis der Berufsstände zueinander und im Verhältnis der Staaten und der großstaatlichen Gebilde zueinander auf ihr Herz und Gewissen nimmt. Hier läge eine Berufung des Protestantismus von einer so ungeheuren Bedeutung, daß sie geradezu als eine „politische Berufung“ verstanden werden kann. Entweder wir lernen es, in Zukunft wieder miteinander leben zu können auf allen Ebenen unserer sozialen Existenz, oder wir werden zugrunde gehen. Nicht nur Europa, sondern dann auch die Welt.

Vorstehender Beitrag wurde mit freundlicher Genehmigung des Verlages der beachtenswerten Neuerscheinung: „Der mündige Christ“, Kreuz-Verlag, Stuttgart, (392 Seiten, Ganzleinen DM 14,80) entnommen.

„Ich kann mir den Weg eines Christen überhaupt nicht vorstellen, wenn er nicht in irgendeiner Weise ‚aggressiv‘ ist, d. h. daß er die öffentlichen Dinge ergreift, sie zu gestalten gewillt ist . . . Vom Glauben her ist jeder Mensch zum Urteil über alle Bereiche des Lebens berufen.“

HERMANN EHLERS

DAS VERSÄUMNIS DER CHRISTEN

Der neue Stadtrat von Hannover

Die Kommunalwahlen vom 28. Oktober haben in der SPD-Hochburg Hannover zu einem bezeichnenden Ergebnis geführt: Von den gewählten 30 Stadträten der SPD bekennen sich in einer zu 78 % evangelischen Stadt nur drei zur evangelischen und einer zur katholischen Kirche. Die übrigen 26 Stadträte der SPD haben keinerlei kirchliche Bindung. Auf der Kandidatenliste der SPD war das Verhältnis zwischen Konfessionslosen und Bekenntnisangehörigen zwar etwas günstiger, gewählt aber wurden dann nicht die wenigen christlichen Kandidaten, sondern die Dissidenten. Im neuen hannoverschen Stadtrat haben somit jetzt die 8 % Wähler, die keiner Kirche angehören, 25 Mandatsträger (von insgesamt 55) aufzuweisen, d. h. beinahe schon die absolute Mehrheit erreicht.

Das Schwelmer Beispiel

Aus einem Vortrag des Bundesministers des Innern Dr. Gerhard Schröder zum Männersonntag 1956 am 21. Oktober in der Petrikirche zu Hamburg:

Zur Wahrnehmung der evangelischen Verantwortung in der Öffentlichkeit gehört sicher ein Anliegen, das ich in einer außerordentlich eindringlichen und überzeugenden Weise kürzlich in einer Zuschrift an ein großes evangelisches Wochenblatt beschrieben fand. Diese Zuschrift trägt die Überschrift: „Das schlafende Heer“. Ich will sie hier zitieren:

„Wie schlecht es bisher um die Verantwortungsfreudigkeit evangelischer Christen und ihre Mitarbeit im öffentlichen Leben bestellt ist, beweisen die Zahlen aus Schwelm, einer westfälischen Stadt am Rande des Industriegebietes. Die Stadt hat 33 060 Einwohner. Davon sind 21 400 evangelisch, 7690 katholisch und 3970 außerkirchlich. Nehmen wir an, daß von den außerkirchlichen Einwohnern 2000 zu den sechs außerkirchlichen Gemeinschaften zählen, dann können wir diese dem evangelischen Bevölkerungsanteil zurechnen, weil sie ja im weiteren Sinne evangelisch sind. Der Rest von 1970 sind dann Dissidenten und Freidenker.

Die politische Vertretung dieser Stadt sah nach der letzten Gemeindewahl so aus: Die 71 % der evangelischen Bevölkerung stellten nur 43,3 %, die 23 % der katholischen Bevölkerung nur 16,7 %, die 6 % der Dissidenten und Freidenker aber 40 % der Stadtvertreter.

Diese Zahlen beweisen, daß Dissidenten und Freidenker außerordentlich stark am kommunalpolitischen Leben ihrer Stadt interessiert sind und mitarbeiten im Schulausschuß, im Kulturausschuß, im

Finanzausschuß und im Stadtparlament. Diesen Freidenkern kann man gewiß keinen Vorwurf daraus machen, daß sie so aktiv sind. Ein Vorwurf liegt in den genannten Zahlen nur für den evangelischen Bevölkerungsteil.“

Ich meine, daß dies eine Beobachtung ist, die wir vielleicht alle schon selbst gemacht haben, die wir sicher leicht machen können. Ich will dabei gar keine einzelnen Städte und Parlamente aufzählen und gar nicht untersuchen, in welchen politischen Gruppen die Freidenker vorwiegend tätig sind. Es ist aber eine Beobachtung, aus der wir vielleicht doch einmal für unser praktisches Handeln gewisse Schlüsse ziehen sollten. Das Schwelmer Beispiel, so möchte ich es nennen, hat ungezählte Parallelen in unserem Vaterland. Wissen wir eigentlich, daß 97 % der Bevölkerung der Bundesrepublik den beiden großen Konfessionen angehören und davon etwa 52 % evangelischer und 45 % katholischer Konfession sind? Es ist also nur eine ganz schmale Schicht von 3 % in unserem Volk, die zu keiner der beiden großen Konfessionen gehört. Haben wir eigentlich den Eindruck, daß das Öffentlichkeitsbild diese Zahlen auch nur annähernd widerspiegelt? Liegt hier nicht das Versäumnis der Christen überhaupt vor, dem öffentlichen Leben ihren Stempel viel stärker aufzudrücken? Sollten sie nicht mindestens dagegen einschreiten, wenn sich offensichtlich antichristliche Tendenzen in ungebührlicher Breite demonstrieren? Ich will hier nicht die Frage untersuchen, wieviele von diesen genannten 97 % Angehörigen der christlichen Konfessionen in die Rubrik der nur Taufschein-Christen oder der nur Kirchensteuer-Zahler gehören. Aber auch bei diesen sind die Motive, die der Aufrechterhaltung der Konfessionszugehörigkeit zugrunde liegen, doch sicher überwiegend nicht nur reine Nützlichkeitsbetrachtungen. Sollte man dann nicht doch erwarten können, daß die Christen den ihnen zukommenden Einfluß intensiver, bewußter, nachdrücklicher und für das Ganze wohlthätiger wahrnehmen? Ich stelle diese Frage nur. Die Antwort scheint mir leicht zu geben zu sein. Ich schließe hier ein Wort von Bonhoeffer an:

„Der einzelne Christ kann zwar nicht für das Handeln der Obrigkeit verantwortlich gemacht werden, noch darf er sich selbst dafür verantwortlich machen, aber er ist auf Grund seines Glaubens und seiner Nächstenliebe verantwortlich für seinen eigenen Beruf und seinen persönlichen Lebensbereich, so groß oder so klein er ist. Wo diese Verantwortung im Glauben wahrgenommen wird, dort hat sie Kraft für das Ganze der Politik. Es gibt nach der Heiligen Schrift eine Verantwortung jedes Einzelnen für die Reinhaltung seines Amtes und Auftrages in der Politik.“

EIN WORT ZUR KONFESSIONSHETZE

von Dr. Konrad Kraske, Stellv. Bundesgeschäftsführer der CDU

Der Bundestagswahlkampf hat schon begonnen — nicht mit Plakaten, nicht mit Parolen, sondern mit gefälschten Briefen. So wenig wir hoffen wollen, daß sich damit der Stil der kommenden Auseinandersetzungen andeutet, so sehr müssen wir fürchten, daß sich eines ihrer zentralen Themen zeigt. Denn von wem die in den letzten Wochen bekanntgewordenen Fälschungen auch ausgegangen sein mögen, ihre Ten-

denz, die evangelischen und die katholischen Kräfte innerhalb der CDU gegeneinander auszuspielen, ist nicht neu und wird sicher nicht allein denen vorbehalten bleiben, die sich schon jetzt der schmutzigsten Mittel des politischen Partisanenkampfes bedienen.

Die Christlich-Demokratische Union sieht sich seit Jahren einer kaum unterbrochenen Kette von Angriffen ausgesetzt, die sie als politische Union von Christen

beider Konfessionen unglaublich machen wollen. Wir mögen noch so oft versichern, daß sich die Zusammenarbeit zwischen den Konfessionen innerhalb der CDU über alle Erwartungen bewährt hat und daß sich fast alle konkreten Beschwerden, mögen sie am Anfang noch so emphatisch vorgetragen werden, am Ende nicht aufrechterhalten lassen — unsere Gegner lassen sich dadurch nicht irritieren. Es liegt ihnen ja gar nichts daran, das Verhältnis der Konfessionen dort zu verbessern, wo es etwa schlecht wäre; es liegt ihnen ebensowenig daran, einen neuen, anderen und besseren Weg zur Zusammenarbeit der Konfessionen zu zeigen; ihr Ziel ist einzig und allein die Spaltung und die Schwächung der CDU. Der Gegner zielt bewußt auf den Lebensnerv, auf die Idee der Union, und wären diese Angriffe erfolgreich, so wäre die CDU in der Tat tödlich getroffen.

Vor allem die Sozialdemokratische Partei ist sich darüber im klaren, daß keine bloß „bürgerliche“ oder einseitig konfessionell orientierte Partei ihr je wird paroli bieten können. Sie hat also ein besonderes Interesse daran, daß eine Partei neuen Stils wie die CDU wieder aus dem politischen Leben der Bundesrepublik verschwindet. Ohne die Union könnte die Restauration der Parteien von Weimar beginnen. In einer solchen Konstellation wäre die SPD immer führend (und die FDP zwar noch nicht stark, aber doch mit größeren Überlebenschancen ausgestattet).

Wohin das Ressentiment führen und zu welcher Verlogenheit sich das konfessionelle Gerede versteigen kann, zeigt in besonders eindrucksvoller Weise das Zusammengehen der Heinemann-Gruppe mit dem Rest-Zentrum bei den letzten Kommunalwahlen. Die GVP hat sich, seit sie besteht, immer durch eine be-

sonders virulente Konfessionshetze gegen die CDU ausgezeichnet. Das Zentrum verkörpert den längst anachronistisch gewordenen Typ der reinen Konfessionspartei: aber beide tun sich gegen die CDU zusammen, weil sie genau wissen, daß deren Existenz ihren Untergang verbürgt.

Die christlichen Demokraten wurden vor einigen Wochen durch ein bewegendes Ereignis an die Grundlagen ihrer politischen Existenz erinnert: Als es nur einige kurze Augenblicke lang so schien, als würde den ungarischen Freiheitskämpfern die Aufrichtung eines freiheitlichen Staates gelingen, sprachen Angehörige beider christlichen Konfessionen den Wunsch aus, sich zu einer politischen Union evangelischer und katholischer Christen zu verbinden. Sie hatten ebenso wie wir in den notvollen Jahren des „Dritten Reiches“ erfahren, welche Mächte sich im Widerstand gegen das Regime am besten bewährt hatten und daß nur eine neue gemeinsame Partei Gewähr dafür bieten würde, daß sich die Katastrophen der letzten Jahre nicht noch einmal wiederholen. Der ungarische Freiheitskampf birgt für alle, denen der Doktrinarismus noch nicht die Ohren verschlossen hat, viele Lehren; nicht die geringste ist für uns der Hinweis zur immer notwendigen Besinnung auf die Bestimmung der Union. Gegenüber den Angriffen der politischen Gegner, die sich mit dem beginnenden Wahlkampf an Häufigkeit, Heftigkeit und Härte noch steigern werden, sollte die CDU sich immer dessen erinnern: In dem aus der Not geborenen politischen Zusammengehen der Konfessionen, in der Bewährung der Idee der Union — fern von politisch-sterilem Paritätsdenken — liegt ihr Ursprung, ihr Auftrag und die Quelle ihrer Kraft.

„MUT ZUM VERTRAUEN“

Grüber, Karl Barth und die Frage des Antikommunismus

Im Ostberliner Rundfunk sagte kürzlich Propst Grüber in der Sendung „Gedanken zur Zeit“ im Anschluß an ein längeres Zitat des indischen Ministerpräsidenten Nehru zur Frage des Kalten Krieges:

„Wie es in der großen Politik nur eine Alternative zur Koexistenz gibt, nämlich den totalen Krieg, so geht es auch in allen anderen Gebieten. Wenn man nicht vertrauensvoll verhandeln will, dann muß man eben den Kampf bis zur Vernichtung führen. Ich möchte dabei nicht alles wiederholen, was Nehru in bezug auf Kommunismus und Antikommunismus sagte — nur eines: Er sagte, die Kontroverse zwischen Kommunismus und Antikommunismus ist etwas, was wesentlich die Dinge verschleierte und zu keiner fruchtbaren Auseinandersetzung kommen läßt. Ich will auch nur daran erinnern, daß Karl Barth sich in ähnlicher Weise über Kommunismus und Antikommunismus geäußert hat, als er sagte, Antikommunismus sei eben, weil er nur im Negativen steckenbleibe, eine größere Gefahr für die Kirche als alle freidenkerische, materialistische Propaganda, die von außen an die Kirche herankomme. Die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche, die zu allen Zeiten waren, müssen in Formen geführt werden, die beider Teile würdig sind. Wir müssen frei werden von jedem Pharisäismus. Wir wissen, daß Christus zu allen Menschen gegangen ist, daß er aber die Pharisäer aufs schärfste bekämpft hat. Wir sehen diesen Pharisäismus nicht nur in der Kirche, wir sehen ihn auch in Staat und Parteien. Mit diesem Sichbesserdünken als andere und diesem Sicherhebenwollen über andere kommen wir

nicht weiter. Wir müssen Mut haben, zu verstehen und zu vertrauen. Was in der weiten Welt als Forderung erfahren wird, muß zuerst in unserem Raum Wirklichkeit werden.“

Grüber und Karl Barth wissen, daß der Kommunismus einen totalen Angriff gegen alle Religionen — ja gegen die Anerkennung der Berechtigung einer religiösen menschlichen Haltung überhaupt führt. Mit allen nur erdenklichen Mitteln kämpft er in einem bis ins letzte durchkonstruierten Weltsystem darum, den Menschen zu veranlassen, Gott abzusagen und dafür die Pseudo-Religion des Dialektischen Materialismus zu übernehmen. Er ist eine pervertierte Glaubenslehre, die den ganzen Menschen beansprucht. Dabei spielen die Fragen der politischen Ordnung und der Wirtschaft eine untergeordnete Rolle gegenüber der Umformung des Selbstverständnisses des Menschen in seiner Stellung im Kosmos.

Als Christen erfahren wir: Der Wirklichkeit des lebendigen Gottes, der Himmel und Erde geschaffen hat, wird die dialektische Selbstentfaltung der Materie gegenübergestellt; Jesus Christus, dem Sohne Gottes, dem Erlöser, eine von Menschen erdachte Ideologie, die die Menschen zur Vollkommenheit führen und erlösen soll; dem Heiligen Geist, der die Gemeinde Jesu Christi schafft und zusammenhält bis zur Wiederkehr des auferstandenen Herrn, eine Funktionslehre, in der der einzelne Mensch nichts weiter bedeutet als ein Rädchen in einer klassenlosen Gesellschaft.

Angesichts dieser Lage warnen nun christliche Theologen vor einer antikommunistischen Haltung. Da Barth sogar erklärt: der Kampf gegen den Antikommunismus sei jetzt die große Aufgabe der Christenheit, sieht es so aus, als solle ein neues Dogma verkündet werden.

Man ist versucht zu sagen, daß es völlig zwecklos sei, sich mit der von Barth aufgestellten und von Grüber verteidigten These auseinanderzusetzen, weil sie im Hinblick auf die geschilderte Lage — die ja Barth und Grüber genau kennen — so hoffnungslos sinnwidrig und unlogisch erscheint. Aber da sie offenbar in einem Teil der evangelischen Kirche ernst genommen wird (wenn es auch nur eine Minderheit ist), mußten wir sie doch an dieser Stelle verzeichnen und wollen uns kurz mit ihr auseinandersetzen.

Auch wir halten einen Antikommunismus, der im Negativen stecken bleibt, für sinn- und fruchtlos. Wir meinen aber, kein Wort als Beweis dafür verschwenden zu müssen, daß Christen, für die der Abwehrkampf gegen den Kommunismus Notwendigkeit und Pflicht ist, sich niemals auf die Negation beschränken können.

Wohlgermerkt — wir sprechen vom Kampf gegen den Kommunismus — gegen die Irrlehre —, nicht vom Kampf gegen den Menschen, der dem Kommunismus verfallen ist oder auch nur aus irgendwelchen Gründen dient. Er ist für uns der in die Irre gegangene Bruder, dem wir, als dem Geschöpf Gottes, unsere brüderliche Hilfe nicht versagen dürfen. Aber wie können wir ihm helfen, aus seiner Verirrung herauszufinden, wie können wir dem von der Versuchung des Kommunismus Bedrohten helfen, sich vor ihm zu wahren, wenn wir nicht mit aller Klarheit das geistige System und die organisierte Form, in der es wirkt, als das kennzeichnen, was es ist: das Werk antigöttlicher Mächte? Werden wir nicht schuldig an unseren Brüdern und Schwestern, wenn wir sie nicht warnen vor den Verlockungen eines Gott und den Menschen feindlichen Systems, das die Grundlagen echten menschlichen Zusammenlebens

zu zerstören, das jedes brüderliche Verhalten der Menschen zueinander unmöglich zu machen droht, da es die Existenz des Vaters leugnet? Müssen wir sie nicht rüsten, damit sie die Gefahren der Verlockung in all ihrer Vielseitigkeit und Raffiniertheit erkennen? Machen sich nicht diejenigen schuldig, die die Gefahren verharmlosen, die dem Bruder für Leib und Seele drohen, die zum „Verstehen“ eines Systems aufrufen, das zynisch-kalt den Menschen als Träger einer ökonomischen Funktion ansieht und ihn schamlos ausbeutet, die „Mut zum Vertrauen“ gegenüber einem System fordern, das aus Prinzip menschliches Vertrauen zueinander verhindert oder zerstört? Ist der Politiker, der als Christ handelt, nicht verpflichtet, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um ein Vordringen des Kommunismus zu verhindern, wenn er die Gefahr erkennt, daß ein Sieg des Kommunismus zu einer allgemeinen Unterdrückung jedes Glaubenslebens, zur Auslöschung der Möglichkeit wahrer Freiheit und Menschenwürde führen muß?

Und welche Verantwortung läßt der Christ — Politiker oder Geistlicher — auf sich, der immer wieder nicht nur duldet, sondern sogar veranlaßt, daß die kommunistische Propaganda ihn als Werkzeug ihrer Verschleierungstaktik benutzer kann! Wir konnten hier nur diese Fragen stellen, die sich einfach aus der Lage ergeben — und wir meinen, daß darauf nur eine Antwort möglich ist. Eines aber sei zum Schluß noch gesagt:

Es ist ja gar nicht wahr, daß man den „Kampf bis zur Vernichtung führen“ muß, wenn man nicht „vertrauensvoll verhandeln“ will — oder kann! Wir dürfen hoffen, daß das System des Kommunismus — durch Revolution oder Evolution — zerfallen wird, ohne daß wir deswegen die Absicht haben müssen, einen Krieg gegen das kommunistische Staatssystem zu führen. Wir fürchten allerdings, daß die Form der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“, die Propst Grüber wünscht, unzählige Menschen in die Arme dieses Systems treibt —, weil sie innerlich unsicher gemacht werden — und daß dadurch die Lebensdauer seiner Herrschaft unnötig verlängert wird. W.

HERRN PROBST D. GRÜBER, BERLIN

Der nachstehende Brief vom 26. September 1956 wurde uns von seinem Verfasser zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Ein Kommentar erscheint überflüssig.

Die Red.

Nach reiflicher Überlegung habe ich mich entschlossen, Ihnen zu schreiben, obwohl ich es für unwahrscheinlich halte, auf diesem Wege zu einer Überbrückung der tiefen Kluft zu kommen, die mich und Tausende meiner Kameraden von Ihrem Verhalten als prominenter evangelischer Geistlicher trennt.

Ich bin indessen der Ansicht, daß selbst der schroffste Gegensatz nicht zu Hinterhältigkeiten führen darf, und es widerstrebt mir aus diesem Grunde, mich an Dritte zu wenden, ohne Sie zunächst persönlich von der Ursache meines Widerwillens gegen Ihr politisches Auftreten zu unterrichten.

Ich bin vor einiger Zeit aus der sowjetzonalen Strafanstalt Bautzen entlassen worden, wo ich mehr als sieben Jahre hinter Gittern zugebracht habe, nachdem ich 1948 durch ein sowjetisches Militärtribunal wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt worden war. Sie werden ebenso gut wissen wie ich, daß ich dieses Schicksal mit mindestens 100 000 Leidensgefährten zu teilen hatte, die seit 1946 durch die Mühle sowjetischer Justizwillkür gedreht worden sind und dies zum erheblichen Teil mit dem Leben bezahlen mußten.

Diese Mühle lief noch auf Hochtouren, als Sie im Dezember 1949 im Lager Sachsenhausen erschienen, wo damals neben

einigen tausend nationalsozialistischen Funktionären beiderlei Geschlechts auch viele tausend in der Nachkriegszeit von der sowjetischen Besatzungsmacht verurteilte politische Häftlinge eingesperrt waren. Man hat Ihnen dort die wenige Wochen später zur Entlassung kommenden internierten Nationalsozialisten vorgeführt, die sich, kurz vor ihrer Entlassung, schon in halbwegs menschenwürdigem Zustande befanden, während man Ihnen die völlig unterernährten, entkräfteten und mißhandelten politischen Häftlinge ebensowenig gezeigt hat wie die Massengräber außerhalb des Lagers, in denen schon damals rund 15 000 Opfer des Bolschewismus verscharrt lagen.

Im Anschluß an Ihren Besuch in Sachsenhausen haben Sie einen Brief veröffentlicht, der in der gesamten sowjetzonalen Presse abgedruckt wurde und der — ich muß das hier offen aussprechen — von einer so himmelschreienden Verblendung zeugte, daß Gefühl und Verstand gleichermaßen durch ihn in Wallung gebracht werden mußten. Es ist mir heute noch unfassbar, wie Sie als hochgebildeter, gereifter Mann und als hervorragender Vertreter der evangelischen Kirche in geradezu erschütternd primitiver Form die „Humanität“ sowjetischen Strafvollzuges rühmen und als Beweis dafür u. a. „polierte Fingernägel“ anführen konnten, die Sie bei einigen internierten Frauen gesehen hatten. Und das taten Sie zu einer Zeit, in der nicht nur in Sachsenhausen, sondern auch in Bautzen, Brandenburg, Hoheneck, Luckau, Torgau und Waldheim Zehntausende gepeinigter, gequälter, seelisch und

körperlich mißhandelter, größtenteils kranker und dahinsiechender politischer Häftlinge vegetierten, während weitere Zehntausende schon unter der Erde lagen — Opfer jener von Ihnen gepriesenen sowjetischen „Humanität“, die Sie in Ihrem Brief lobend der nationalsozialistischen Unmenschlichkeit gegenüberstellten.

Ich weiß, Sie haben als Internierter in Dachau gesessen, und ich bin weit entfernt davon, mich auch nur im geringsten für irgendwelche Erscheinungsformen bzw. Methoden des Nazismus zu erwärmen, den ich immer schroff abgelehnt habe. Ich verstehe daher auch Ihren Haß gegen alles, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt. Sie scheinen aber gar nicht bemerkt zu haben, daß Ihr Ressentiment gegen die Nazis sie nachgerade in die Rolle eines Fanatikers gedrängt hat, der im Priestergewand durch die von den Nazis hinterlassene politische Wüste rast, im Namen Gottes seinen Fluch auf die längst verstorbenen Verderber schleudert und dem im wahrsten Sinne des Wortes leidtragenden Opfer, nämlich dem deutschen Volk, in Wort und Schrift „Kollektivschuld“ anzuhängen sucht — ganz im Sinne derer, die diesen durch und durch verlogenen Begriff zu eigenem Nutz und Frommen geprägt haben und mit seiner Hilfe im Trüben fischen. Es ist mir schlechterdings unverständlich, wie Sie es fertig gebracht haben, sich aus einem gegen den Nationalsozialismus kämpfenden Paulus in einen dem Bolschewismus Vorschub leistenden Saulus zu verwandeln, ohne im geringsten zu merken, daß die Gemeinheiten und Unmenschlichkeiten, die Sie dem Nationalsozialismus vorwerfen, von jeher zum eisernen Bestand des Bolschewismus gehören und von ihm als Kampfmittel schon bis zur äußersten Brutalität angewandt wurden, bevor vom Nationalsozialismus überhaupt die Rede war. Sie haben sich als Beauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der sogenannten Regierung der demokratisch getarnten, in Wahrheit kommunistisch gelenkten Sowjetzone vom ersten Tage an so gefügig und bereitwillig in den Dienst der östlichen Propaganda gestellt, daß Sie in der knallroten sowjetzonalen Presse geradezu als Prototyp des aufrechten Gottesstreiters gepriesen wurden. Ist Ihnen bei dieser Lobpreisung durch betont gottlose, christentumsfeindliche Kreise niemals übel geworden? Hat Ihr antinazistischer Fanatismus Sie völlig übersehen lassen, daß Ihre bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wiederholte Auslegung sehr delikater und vieldeutiger Begriffe haargenau der kommunistischen, keineswegs aber der christlichen Auffassung entsprach?

Ich erwähnte bereits Ihre oft vorgetragene These von der angeblichen Kollektivschuld des deutschen Volkes, die Sie namentlich auch uns politischen Häftlingen unter die Nase gerieben haben, ohne freilich in der Lage zu sein, sie im christlichen Sinne zu rechtfertigen, denn es gibt im ganzen Neuen Testament nicht einen einzigen Satz, der dies zullege. Vielmehr haben Sie als evangelischer Geistlicher mit Ihrer aus rein kommunistischer Quelle stammenden Auslegung dieses an den Haaren herbeigezogenen Begriffs so kraß gegen jede christliche Ethik verstoßen, daß die daraus resultierende Empörung, die Ihnen nicht unbekannt sein dürfte, wahrlich berechtigt ist. Ich bin gewiß kein Freund von Skandalen — schon gar nicht im kirchlichen Bereich —, aber wenn es gelegentlich Ihrer Predigt im Zuchthaus Waldheim zu erregten Protesten während des Gottesdienstes gekommen ist, so schreiben Sie dies bitte restlos Ihrem selbst für duldame evangelische Christen unerträglichen öffentlichen Auftreten zu, das seit vielen Jahren, namentlich auch bei uns politischen Häftlingen, immer wieder Empörung und Entsetzen ausgelöst hat. Ich kann Ihnen versichern, daß Sie unter vielen tausend Opfern des Bolschewismus, die seit 1946 in sowjetzonalen Haftanstalten die „Segnungen“ kommunistischer „Humanität“ kennengelernt und etwas tiefer als Sie in die abgrundtiefe Verlogenheit und Heuchelei dieses widerwärtigsten aller denkbaren Systeme hineingeblickt haben, nicht Einen finden werden, der Ihnen Achtung und Verständnis entgegenbringt. Wohl aber hat Ihr von der sowjetzonalen Presse immer wieder mit Beifall begleitetes öffentliches Auftreten ungezählte Häftlinge der Kirche entfremdet, hunderte zum Austritt aus der Kirche getrieben und viele zum Übertritt in die katholische Kirche veranlaßt — wahrlich eine erschütternde Bilanz, um so mehr, als es sich in fast allen Fällen nicht um gleichgültige, sondern um ernsthafte, um Glauben ringende Menschen jeden Alters gehandelt hat, die in ihrer seelischen Not Gottes Wort suchten und natürlich kopfschau werden mußten, als ihnen

ein führender evangelischer Geistlicher fortgesetzt nicht als treuer Diener seines Herrn, sondern als Nachbeter kommunistischer Phrasen entgegentrat.

Ich weiß, Sie werden dagegen protestieren, Marxist zu sein, und ich behaupte das auch nicht. Wohl aber leisten Sie dem Kommunismus dadurch Vorschub, daß Sie als evangelischer Geistlicher die dialektischen Spitzfindigkeiten, deren sich der extrem materialistische Kommunismus bedient, um rein christliche Auffassungen in gangbare politische Münze umzufälschen, Ihren eigenen Äußerungen zu Grunde legen und sie gleichsam als Wort Gottes ausgeben. Sie gehen darin so weit, daß Sie vor etwa zwei Jahren in Leipzig den Fortbestand der evangelischen Kirche in ihrer jetzigen Gestalt in Zweifel gezogen haben, falls diese sich in der Frage „Friede auf Erden“ nicht bedingungslos der vom Kommunismus verfochtenen und von Ihnen akzeptierten Auslegung der christlichen Weihnachtswortschaft anschließen werde. Das sind keine gelegentlichen Entgleisungen mehr, das sind deutliche Symptome einer aus Ressentiment und übersteigertem Geltungsbedürfnis seltsam gemischten Geistesverfassung, die allerdings im Bereich der evangelischen Kirche wie Sprengpulver wirken muß, wenn auch in anderem Sinne, als Sie es annehmen.

Ihre schon fast krampfhaften Bemühungen, rein politischen Begriffen, wie zum Beispiel dem der sogenannten Koexistenz, ein christliches Mäntelchen umzuhängen und sie damit zu Postulaten der Kirche zu erheben, sind kennzeichnend für den Mißbrauch, den Sie mit Luthers Anschauung von der Freiheit eines Christenmenschen und der damit verbundenen inneren Demokratie der evangelischen Kirche treiben. Sie konstruieren eine in Wahrheit nicht vorhandene Möglichkeit, Christentum und Marxismus unter einen Hut zu bringen und rütteln damit an den Fundamenten der christlichen Ethik, ohne im geringsten zu bedenken, was Sie anrichten. Sie bringen es dahin, daß ungezählte evangelische Christen an ihrem Glauben irre werden, die innere Toleranz der Kirche gegenüber solchen Verirrungen für Schwäche halten und ihr verbittert den Rücken kehren oder katholisch werden, weil die katholische Kirche den Kommunismus mit Recht als antichristlich bezeichnet und an dieser Auffassung nicht rütteln läßt. Sie untergraben planmäßig das Ansehen und den Einfluß der evangelischen Kirche, und zwar in einer Stellung, die von Ihnen ein Höchstmaß von Takt und christlichem Verantwortungsgefühl verlangt. Sie gefallen sich mehr und mehr in der Rolle des politisierenden Priesters, der sich anmaßt, seine private, im höchsten Grade fragwürdige Stellungnahme zu den Vorgängen dieser Welt als Willen Gottes auszugeben. Das ist unerträglich und empört auch Menschen, die fest genug im Glauben stehen, um sich durch Sie nicht beirren zu lassen.

Ich habe mir vorgenommen, nach meiner Freilassung aus fast achtjähriger Haft nicht zu schweigen, sondern als Glied einer evangelischen Kirchengemeinde laut meine Stimme zu erheben. Und ich werde das tun, nachdem ich Sie jetzt über meine und meiner Kameraden Einstellung zu Ihrem Auftreten unmißverständlich unterrichtet habe

Dr. Henning v. Koss, Berlin-Zehlendorf

AUS DEN ARBEITSKREISEN

Erste Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Hessen

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Hessen führte am 6. Oktober d. J. in Frankfurt am Main unter dem Vorsitz von Landrat Jansen, MdL, Schlüchtern, seine erste Landesarbeitstagung durch, an der u. a. Rechtsanwalt Dr. Wilhelm, Präses der Synode der Evangelischen Kirche für Hessen und Nassau, Frankfurt am Main, als Diskussionsleiter, sowie Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion und verschiedener CDU-Stadtratsfraktionen teilnahmen. Die Tagung befaßte sich mit dem Thema der Wehrpflicht, in Sonderheit der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. In zwei bemerkenswerten, tief fundierten Referaten sprachen Dekan Mittelmann, Bezirkswehersatzbereich IV (Hessen und Rheinland-Pfalz), Mainz, über: „Kriegsdienst und Kriegsdienstverweigerung in evangelischer Sicht“ und Ministerialdirigent Barth vom Bundesministerium für Verteidigung über: „Die Wehrpflicht im Rahmen des Aufbaues der Bundeswehr“. Die am Nachmittag durchgeführte äußerst lebendige und auf-

schlußreiche Diskussion fand ihren Niederschlag in einer Entscheidung, die den Standpunkt des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Hessen wie folgt umreißt:

„Es besteht volle Einmütigkeit darüber, daß die notwendige Verteidigung der Freiheit für unseren demokratischen Staat nur durch eine allgemeine Wehrdienstverpflichtung durchgeführt werden kann. Eine Verweigerung dieser demokratischen Pflicht aus Gewissensgründen wird anerkannt, wenn sie auf der grundsätzlichen Ablehnung der Beteiligung an jeder Waffenanwendung beruht. Darüber hinausgehende Forderungen, die auch von einzelnen Vertretern der evangelischen Kirche erhoben werden, lehnt der Evangelische Arbeitskreis ab.“

Die Arbeitstagung wurde abgeschlossen mit einer öffentlichen Kundgebung im großen Saal des Studentenheimes der Johann Wolfgang v. Goethe-Universität, Frankfurt am Main, auf der Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard über: „Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik“ sprach.

W. J.

Wir — das Gewissen und der Staat

Auf seiner Landestagung am 26. November d. J. in Kiel wählte der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Schleswig-Holstein als Nachfolger des verstorbenen Landesministers Dr. Pagel, Kultusminister und Oberkirchenrat Osterloh, Kiel, zum Vorsitzenden und bestätigte den langjährigen Stellvertreter, Professor D. Dr. Redeker, MdL, Kiel, in seinem Amt. Als Schriftführer wird weiterhin Dr. theol. Kasch, Kiel, tätig sein. Die weiteren Vorstandsämter sollen bei der nächsten Landestagung Anfang 1957 besetzt werden.

Die Tagung stand unter dem Generalthema: „Wir — das Gewissen und der Staat“. Ministerpräsident Kai-Uwe v. Hassel eröffnete als Landesvorsitzender der CDU mit einem Hinweis auf die Rolle, die dem Gewissensentscheid beim Aufbau der Bundeswehr zugewiesen ist. Unter den Teilnehmern, die den drei einleitenden Referaten folgten und in den Räumen der Neuen Kieler Propstei später in zwei Arbeitsgruppen diskutierten, befanden sich verschiedene führende Geistliche der Ev.-luth. Landeskirchen von Schleswig-Holstein und Lübeck.

Professor D. Dr. Redeker sagte zum Thema: „Der Staat, die Gesellschaft und der Einzelne“ u. a.: „Die moderne Welt ist krank an ihrer Weltlichkeit. Das zeigt sich auch an den Nöten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Der einzelne Mensch hat seine Gewissensbindung an Gott verloren. Er wird dadurch hilflos im Leben und sucht Sicherung in der Masse und im Konformismus. Die Berufung auf das Gewissen ist oft gar nicht mehr möglich, weil das Gewissen nur noch das subjektivistische verweltlichte Selbstverständnis der Masse ist.“ Professor Redeker forderte daher eine Rückbesinnung auf die sozialistischen Grundwahrheiten des christlichen Glaubens.

Generalstaatsanwalt Dr. Voss, Kiel, der auch Präsident der schleswig-holsteinischen Landessynode ist, wies zum Thema: „Gewissen und geltendes Recht“ auf Umfang und Einfluß von Gewissensentscheidungen hin und betonte die absolute Notwendigkeit, die Freiheit des Gewissens zu sichern. Es sei unmöglich, einen gesetzlichen Gewissensbegriff zu formulieren. Eine nur religiöse Deutung des Gewissensbegriffes unserer Verfassung lehnte der Redner ab. Nach einer geistesgeschichtlichen Prüfung der Gewissensfreiheit bekannte Dr. Voss sich zu ihr als einem unverletzlichen Menschenrecht vorstaatlichen Charakters, das von jedermann unmittelbar bei den Behörden und Gerichten geltend gemacht werden könne.

Bei der Prüfung des Kriegsdienstverweigerers aus Gewissensgründen werde nicht die Gewissensentscheidung als solche nachgeprüft, sondern lediglich festgestellt, ob eine echte und grundsätzliche Gewissensentscheidung vorliege. Der Vortragende legte dar, in welchem geringem Umfange in unseren gängigen Gesetzen vom Gewissen die Rede ist und wie wenig konsequent der Gesetzgeber in dieser Beziehung formuliert. „Die Freiheit des Gewissens ist im Rahmen der menschlichen Gesellschaft nicht kostenlos zu haben“, schloß Dr. Voss. „Ihr gegenüber steht insbesondere die Pflicht zur Verteidigung der Gewissensfreiheit.“

In seinem Referat: „Wehrpflicht heute“ ging Kultusminister Osterloh von der Tatsache aus, daß die Wehrpflicht in der Bundesrepublik eine durch Ergänzung des Grundgesetzes und Verabschiedung der entsprechenden Gesetze im Bundestag beschlossene Sache sei. Es entspricht nach seinen Worten dem Wesen wahrer Toleranz und kennzeichnet den Ernst unseres Respekts vor der letzten religiösen oder weltanschaulichen Bindung, wenn wir nicht nur durch unsere Gesetzgebung, sondern auch durch unser Verhalten den Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen praktizieren. „So sehr wir uns dagegen wehren, daß das Gewissen als Deckmantel unehrenhafter Beweggründe mißbraucht wird, so uneingeschränkt werden wir eine echte Gewissensentscheidung auch auf diesem für die Zukunft unseres Volkes lebenswichtigen Gebiet achten.“ Das laute Gerede über die Frage der Kriegsdienstverweigerung, so erklärte Kultusminister Osterloh weiter, werde sich allerdings bald als unaktuell erweisen. Die Tatsache, daß sich in Schleswig-Holstein von 3 377 Wehrpflichtigen des jetzt erfaßten Jahrgangs nur zwei, also 0,06 %, als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen bezeichnet hätten, stehe nicht allein. Auch Bayern habe beispielsweise bisher nur 0,25 % Kriegsdienstverweigerer festgestellt.

In der sich anschließenden Aussprache wurde in der einen Gruppe besonders die Auffassung deutlich, daß die Gewissensfreiheit des Einzelnen, obwohl sie ein Grund- und Menschenrecht darstellt, mit dem Blick auf die Existenz der Gesamtheit gesehen werden müsse. Ferner wurde unterstrichen, daß in der Tendenz, sich in Staat und Gesellschaft immer mehr von einer letzten Verantwortung zu lösen, die Gefahr für einen weiteren Abbau der staatlichen Autorität liege. Gerade der evangelische Christ in der CDU müsse sich angesichts dieser Entwicklung seiner Verantwortung in Staat und Gesellschaft bewußt sein, ohne dabei in die Gefahr des Klerikalismus oder der weltanschaulichen Neutralität zu geraten. Er habe daher die Pflicht, mit seiner ganzen Person christliche Verantwortung in der Politik zu leben.

Die zweite Gruppe mit dem Thema: „Wehrpflicht heute“ vertiefte die Überzeugung, daß die Wehrpflicht eine der wichtigsten und schwersten staatsbürgerlichen Aufgaben unseres Volkes sei. Nur ein starker gemeinsamer Verteidigungsbeitrag des ganzen Volkes könne dem Schutz und der Sicherheit des Vaterlandes wirklich dienen. Es sei ferner undenkbar, sich in der Gemeinschaft der verbündeten Völker als einziger Staat der Verteidigungspflicht zu entziehen. Nachdrücklich betont wurde die Notwendigkeit, das gesamte Volk in allen seinen Schichten und Ständen eingehend über alle Gründe zu unterrichten, die einen Verteidigungsbeitrag auf dem Boden der allgemeinen Wehrpflicht zwingend erfordern. Akademiedirektor Günther, Hamburg, faßte in einem glänzenden formulierten Schlußreferat die Gedanken der Landestagung noch einmal zusammen. Zum Gewissensbegriff erklärte er abschließend: „Der Staat ist nicht nur ein Gefüge von Regeln öffentlich gebilligten Verhaltens. Hinter ihm steht ein Unantastbares, das sich, wenn das Gesetz gebrochen wird, im Gewissen zur Geltung bringt.“

W. B.

Walzen und Hartguß bis 18t Stückgewicht

liefert in weltbekannter Güte

Herm. IRLE Gesellschaft

mit beschränkter Haftung

Deuz (Krs. Siegen i. W.)